Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich monatlich 2.– RM. Postbezug 2.– RM. (einschließlich 18 Rpf. Postzeitungsgebühren), hiervon 36 Rpf. Postzeitungsgebühren. Postmonatsgeld 1.– RM. Einzelnummer-Abholung: Sonntags 25 Rpf., Montags 1.– RM. vorbehalten. Einzelpreis: Wochentags Groß-Dresden 15 Rpf., in Groß-Dresden 18 Rpf.

Anzeigenpreise: Grundpreis: die zweispaltige mm-Zeile 34 Rpf., privater Familienanzeigen zweispaltig 23 Rpf., die zweispaltige mm-Zeile als Werbeanzeige 1.35 RM. Nachlaß nach Preisliste 1 oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Offertenanzeigen 30 Rpf. ausschließlich Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 11 gültig.

Verlag und Schriftleitung: Dresden A, Ferdinandstraße 4 • Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nr. 239 — Montag, 12. Oktober 1942 — 50. Jahrgang

Ungeheure Leistungen der Gebirgsjäger im Kaukasus

Vorbildliche Zusammenarbeit mit der Luftwaffe

Mühseliger Kampf auf steilen Saumpfaden — Höchste Anforderungen an bergsteigerisches Können

× **Berlin.** Im Nordwestkaukasus ist eine bolschewistische Kräftegruppe eingeschlossen worden und steht, wie der OKW.-Bericht vom Sonntag meldete, vor ihrer Vernichtung. Dieser neue Erfolg ist nach ergänzenden Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht vor allem der vorbildlichen Zusammenarbeit der hier eingesetzten Verbände der deutschen Gebirgsjäger und der Luftwaffe zuzuschreiben.

Zur Beurteilung der Leistungen unserer Soldaten muß man sich folgendes vor Augen halten: Kleine Abteilungen sind die Träger des Kampfes in diesem Gebiet, denn Täler und Schluchten, häufige Nebelbildung und starke Bodenbewachsung machen jede einheitliche Angriffsführung in breiter Front unmöglich. Auch jeder Nachschub von Munition und Verpflegung ist einzig auf den mühseligen Transport durch Trägertrupps und Maultiere angewiesen. Die Ueberwindung erheblicher Höhenunterschiede bei der Umfassung der gut ausgebauten und hartnäckig verteidigten Felsenstellung der Bolschewisten verlangte ein Höchstmaß an kämpferischer Leistung und bergsteigerischer Geschicklichkeit. Besonders die Gebirgsartilleristen hatten ganz ungewöhnliche Anstrengungen zu überstehen, um mit ihrem schweren Gerät über Geröllhalden und schwer passierbare Saumpfade den Stoßtrupps dichtauf zu folgen. Aber allen diesen Erschwernissen zum Trotz gelang es unseren Gebirgsjägern, die tiefgegliederten und von Bunkern durchsetzten Sperrlinien zu durchbrechen und in tagelangem Ringen um oft nur wenige hundert Meter Geländegewinn den Gegner auf engstem Raum einzuschließen. Mehrfache Ausbruchsversuche und Entlastungsangriffe bolschewistischer Elitetruppen in benachbarten Kampfabschnitten wurden oft nur mit Handgranaten und leichten Infanteriewaffen unter schweren Feindverlusten abgewehrt. Sturzkampfflieger unterstützten nach Möglichkeit die Gebirgsjäger trotz heftigem Abwehrfeuer bolschewistischer Flak. Bei einem Angriff auf einen Bergsattel wurden [illegible] Panzerzüge der Bolschewisten gesichtet. Nachdem die Führungskette durch Treffer in unmittelbarer Nähe des vorderen Panzerzuges seine Geschütze zum Schweigen gebracht hatte, stürzten sich die „Ju 87" eine nach der anderen auf die fahrenden Panzerfestungen und erzielten so wirkungsvolle Treffer mit ihren schweren Bomben, daß die Züge gefechtsunfähig auf den zerstörten Gleisen liegen blieben.

In Stalingrad vollendet sich inzwischen von Tag zu Tag das Bild der Zerstörung. Der Straßen- und Häuserkampf ist ein Ringen Mann gegen Mann geworden. Wohl schlagen Artillerie und Luftwaffe schwer zu, doch die Granaten und Bomben vergrößern nur das Trümmerfeld, ohne den Infanteristen und Pionieren ihren Kampf wesentlich erleichtern zu können. So kommt es, daß um manchen Häuserblock tagelang gekämpft wird, bis die Widerstandskraft der Bolschewisten zerbricht oder die letzte Munition verschossen ist.

Ein solcher erbitterter Kampf entspann sich, nach den beim Oberkommando der Wehrmacht vorliegenden Meldungen, um ein Hochhaus, dessen graue Eisenbetonwände bisher der Vernichtung standgehalten hatten. Unsere Infanterie war immer näher an dieses zum Festungswerk ausgebaute Gebäude herangekommen und hatte es schließlich völlig isoliert. Dann drangen Stoßtrupps vor. Sie fanden in Abzugskanälen und Kabelgräben geeignete Annäherungswege gegen das bolschewistische Widerstandsnest. Systematisch legten sie unter die Fundamente des Betonriesen ihre Sprengladungen, die auf einen Schlag gezündet das ganze Hochhaus mit seinen Verteidigern zu einem wüsten Trümmerhaufen von Betonbrocken und verbogenen Eisenstäben zerschlugen. Damit fiel wieder ein Stück der Festung Stalingrad.

Zwei neue Eichenlaubträger

× **Aus dem Führerhauptquartier.** Der Führer verlieh an Hauptmann Torley, Bataillonskommandeur in einem Infanterieregiment, als 132. und an Hauptmann Kümmel, Abteilungskommandeur in einem Panzerregiment, als 133. Soldaten der deutschen Wehrmacht das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes.

Das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes erhielten [illegible] Hauptmann Erich Dörfler, Bataillonskommandeur in einem Infanterieregiment; Hauptman Waldemar Lux, Batteriechef in einer Sturmgeschützabteilung; Oberleutnant Helmut Speckenheier, Batteriechef in einer Heeresflakabteilung; Oberfeldwebel Broich, Flugzeugführer in einem Kampfgeschwader.

Standley bestätigt Spannung Moskau—Washington

Besorgte Reise zu Roosevelt — Stalins Forderungen unmöglich zu erfüllen

☽ **Ankara.** Einem neutralen Bericht aus Kuibyschew zufolge äußerte sich der nordamerikanische Botschafter in der Sowjetunion, Admiral Standley, nach seiner Rückkehr aus Moskau und vor seinem Abflug nach Teheran in anglo-amerikanischen diplomatischen Kreisen von Kuibyschew außerordentlich pessimistisch über die Zukunft der Beziehungen der Sowjetunion zu den Alliierten.

Er gab der Auffassung Ausdruck, daß die sowjetischen Forderungen nur schwer mit den Möglichkeiten der Westmächte in Einklang zu bringen seien. Der Presse erklärte Admiral Standley, daß seine Reise nach Washington ausschließlich dem Zweck diene, die zweifellos herrschende Spannung zwischen Moskau und Washington durch eine weitgehende Erfüllung der Sowjetwünsche aufzulockern. Eine ähnliche Erklärung gab der nordamerikanische Botschafter auch während seines Aufenthaltes in Teheran ab, wo er am Sonnabend zu kurzem Aufenthalt eingetroffen war.

USA.-Garnison auf den Bahreininseln

☽ **Ankara.** Eine nordamerikanische Garnison soll — wie aus Bagdad gemeldet wird — jetzt auf den Bahreininseln stationiert werden, und zwar mit der Begründung, daß die wirtschaftlichen Interessen der USA. dort jetzt größer seien als die Großbritanniens. Ein USA.-Beamter soll weiter die Funktionen des Militärgouverneurs übernehmen. Nordamerikas „wirtschaftliche Interessen" liegen klar auf der Hand. Schon 1939 erzeugten die Bahreininseln 1,10 Million Tonnen Erdöl.

„Hysterische Verallgemeinerungen"

⊡ **Stockholm.** Aufsehen und große Bestürzung erregte in London nach schwedischen Meldungen der in nordamerikanischen Zeitschriften erschienene „offene Brief an das britische Volk", der in dürren Worten den Engländern die nordamerikanische Freundschaft aufkündigte, falls sie nicht aufhörten, nur an sich zu denken. Mit Ausnahme des „Daily Expreß" und einigen wenigen anderen Blättern wendet sich die gesamte englische Presse gegen den Artikel. Die konservativen Blätter sehen in dem nordamerikanischen Angriff in erster Linie einen Versuch, sich in die Indienfrage einzumischen, der sehr scharf abgelehnt wird.

„Daily Herald" reagiert besonders scharf und meint, es sei ein „geradezu beleidigender Unsinn", wenn die Amerikaner das britische Volk anklagten, „den Kampf in diesem Kriege zu führen, um das Empire zusammenzuhalten". Die „hysterischen Verallgemeinerungen" des Briefes trügen nicht zur Lösung dieses schwer zu lösenden Problems bei.

Chilenischer Staatspräsident sagt Washington-Reise ab

Argentinien und Chile protestieren gegen plumpe Verdächtigungen des USA.-Vizeaußenministers

⊡ **Stockholm.** Der hellovorierende USA.-Außenminister Sumner Welles hat in einer Rede angedeutet, daß „Achsenagenten" von Chile und Argentinien aus gegen die sogenannten Alliierten arbeiteten. Diese plumpen Verdächtigungen haben in Chile und Argentinien lebhafte Entrüstung ausgelöst. Die chilenische Regierung hat in einer offiziellen Note an die Regierung der USA. gegen die „unangebrachten" Auslassungen Sumner Welles' protestiert. Der chilenische Protest unterstreicht, daß diese Auslassungen wenige Tage vor der Abreise des chilenischen Präsidenten Rios zu einem Freundschaftsbesuch nach den Vereinigten Staaten gemacht wurden, und verwahrt sich gegen die von Welles erhobenen Vorwürfe. Der chilenische Staatspräsident hat seine für den 15. Oktober vorgesehene Reise nach Washington abgesagt.

Der chilenische Expräsident Alessandri weist in einem in der gesamten chilenischen Presse veröffentlichten Aufsatz die Unterstellung von Sumner Welles mit einer Schärfe zurück, wie sie selten im Kampf zwischen amerikanischen Politikern gebraucht worden ist. Der chilenische Außenminister Barros empfing von verschiedenen politischen Gruppen aus allen Teilen Chiles und vom Ausland Glückwünsche zu der von ihm eingenommenen Haltung.

Das argentinische Außenministerium teilte mit, daß der Washingtoner Botschafter Espil Staatssekretär Sumner Welles gebeten habe, konkretere Angaben über seine kürzlichen Aeußerungen zu machen. Welles habe dieses Ersuchen abgelehnt mit der Begründung, daß ihm das „aus technischen Gründen nicht möglich" sei. Bei einer Versammlung in Buenos Aires trat der frühere Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Fresco, unter stürmischem Beifall für die Beibehaltung der Neutralitätspolitik ein. Er erklärte weiter, daß das argentinische Volk mit größter Befriedigung die brüderliche Haltung Chiles vermerkt habe, das ebenso wie Argentinien selbstbewußt die Unterstellungen eines USA.-Staatsmannes zurückgewiesen habe.

Regierungsumbildung in Kroatien

⊡ **Agram.** Die erwartete Regierungsumbildung in Kroatien wurde am Sonnabendnachmittag vollzogen. Neu ernannt wurden: zum Innenminister der bisherige außerordentliche Gesandte im Außenamt Dr. Mitschitsch, zum Justizminister der bisherige Innenminister Dr. Artukowitsch, zum Minister für Volksaufklärung der bisherige Staatssekretär im Unterrichtsministerium Dr. Mile Starizschewitsch, zum Minister für Volkswirtschaft Professor Dr. Balen, der bisherige Leiter des Zivilkabinetts des Poglavnik. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Kulenowitsch, Außenminister Dr. Lorkowitsch, Verkehrsminister Dr. Seschlagitsch und Finanzminister Dr. Koschak verbleiben auf ihren bisherigen Posten. Das Kriegsministerium wurde noch nicht besetzt. Gleichzeitig wurde die Zahl der Ministerien durch Gesetz von zwölf auf acht herabgesetzt. Die Ministerien für Handel und Industrie, für Landwirtschaft und für Forste und Bergwerke wurden zu einem Ministerium für Volkswirtschaft zusammengelegt. Der Wirkungskreis des bisherigen Unterrichtsministeriums wurde erweitert und daraus ein Ministerium für Volksaufklärung gebildet.

USA.-Inflation trotz Riesengoldhort?

CC. **Berlin** (Eig. Dienst). Der Goldschatz im Besitz der Nordamerikanischen Bundesregierung beläuft sich nach den zuletzt veröffentlichten Berichten auf rund 23 Milliarden Dollar. Der Dollarumlauf hat sich seit Anfang September 1939 bis Anfang September 1942 von 7,14 auf 13,25 Milliarden Dollar erhöht, also fast verdoppelt, ist aber durch den Goldschatz immer noch um fast 10 Milliarden überdeckt. Die Tatsache, daß die Zurückführung von Dollarnoten aus dem Ausland seit einigen Monaten verboten wurde und infolgedessen der Dollarkurs im Auslande unter die Parität sank, hat in den Vereinigten Staaten keinen merklichen Eindruck gemacht. Ebensowenig wird die Vollmacht des Präsidenten zur Abwertung des Dollars um weitere 10 Prozent auf 40 Prozent des ursprünglichen Goldwertes dort als Anlaß zu einer Flucht aus dem Dollar gewertet. Nach den Feststellungen der Bundesreservebanken muß vielmehr angenommen werden, daß in der Bevölkerung der USA. die größeren Notenabschnitte von 50 Dollar aufwärts zunächst in großem Umfange gehamstert worden sind, anstatt zu Einzahlungen bei den Banken oder zum Erwerb von Sachwerten zu dienen. Auch das Anwachsen der Staatsschuld der USA. von 41 Milliarden Anfang September 1939 auf 77 Milliarden Dollar am 30. Juni 1942 und die Ankündigung ihres weiteren Anstiegs auf 130 Milliarden bis zum 30. Juni 1943 hat bisher an dieser Einstellung nichts geändert.

Trotzdem besteht in den Vereinigten Staaten kein Zweifel darüber, daß die Kaufkraft des Dollars seit dem September 1939 in einem Maße zusammengeschrumpft ist, das wohl oder übel zu einer Reihe tiefgreifender Maßregeln nötigt, um die Gefahr einer Inflation zu bannen. Diese Gefahr war nicht durch eine Erschütterung des Vertrauens zur nordamerikanischen Währung entstanden, sondern durch das Durcheinander in der Wirtschaft und die Unfähigkeit, sie wieder zu ordnen. Die drohende Inflation ist das Ergebnis eines sich bisher ständig verschärfenden Mißverhältnisses zwischen den durch Vollbeschäftigung der Wirtschaft sich anstauenden flüssigen Geldmitteln einerseits und den zur Befriedigung des Kaufwunsches verfügbaren Warenmengen andererseits, deren Menge sich durch die Umstellung auf den gewaltigen Rüstungs- und Kriegsbedarf fortgesetzt und schnell vermindert. Soweit wie besonders auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft namhafte Reserven vorhanden sind, deren Einsatz das Angebot in ein besseres Verhältnis zur Nachfrage bringen könnte, hatten politische Rücksichten vor allem auf die Farmerwähler des Präsidenten Roosevelt entschlossene Eingriffe in die Preisbildung bisher verhindert. Während der Anstieg der konjunkturempfindlichen Preise seit September 1939 auf etwa 66 Prozent angegeben wird, sind die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse seitdem um 85 Prozent gestiegen. Der Mangel an Arbeitskräften vor allem an Facharbeitern, die Verlängerung der Arbeitszeit und die fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung wirkten zusammen zu einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter um 75 Prozent im gleichen Zeitraum. Auch zu einem Lohnstopp kam es mit Rücksicht auf die Haltung der für Roosevelt ebenfalls politisch unentbehrlichen Gewerkschaften bisher nicht. Der vorgenommene Preisstopp beschränkte sich in der Hauptsache auf Industriewaren und konnte nicht durchgehalten werden, weil mit den Löhnen die Selbstkosten stiegen. Der Wettlauf zwischen Preisen und Einkommen bereitete eine Hamster- und Schwarzkäufe vor, deren Ueberhandnehmen die jetzt von Roosevelt in letzter Stunde eingeleiteten Maßnahmen durchkreuzen sollen.

Unter den neuen Maßnahmen steht die Verallgemeinerung des Preisstopps und die Anordnung des Lohnstopps an erster Stelle, daneben eine umfassende Rationierung der lebenswichtigen Verbrauchsgüter. Außerdem soll die mit Rücksicht auf das immer enger werdende Warenangebot nicht mehr zu normalem Einsatz gelangende Kaufkraft durch scharfes Anziehen der Steuerschraube und die Verwirklichung eines straffen, seit Jahr und Tag vergeblich erörterten Sparzwanges abgeschöpft werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob und inwieweit es Roosevelt gelingen wird, mit diesen Mitteln das gesteckte Ziel zu erreichen. Es fehlt den Nordamerikanern, die den Profit zum Maßstab erhoben, sowohl an der dazu notwendigen inneren Einstellung als auch an der für diese Aufgaben erforderlichen Schulung und Erfahrung. Mißlingt der neue Plan, dann ist allerdings nicht abzusehen, wie der Sturz der Vereinigten Staaten in die Inflation noch aufgehalten werden könnte.

Das Programm des Präsidenten tut des Goldschatzes der Vereinigten Staaten nicht einmal Erwähnung. In der Tat würde dessen Einsatz an der Abwärtsentwicklung der Kaufkraft des Dollars im nordamerikanischen Inland nichts bessern können; er könnte sie höchstens beschleunigen, indem Gold zu Hortungszwecken alsbald mit hohem Aufgeld gehandelt werden würde. Allenfalls könnten schon Bruchteile des Goldhortes die Parität des Dollars im Auslande wiederherstellen. Man wird heute nicht nur in [illegible] Staaten selbst vielfach die Frage aufwerfen, ob der Nutzen, den die Nordamerikaner noch von dem Besitz ihres wirtschaftlich toten Goldhortes erwarten dürfen, mit den Lasten seiner zinslosen Verwaltung überhaupt noch in einem vertretbaren Verhältnis steht. Wenn Deutschland durch sein Beispiel beweist, daß ein fest und zuverlässig gefügter Staat durch planvolle Wirtschaftslenkung auch ohne den Hintergrund einer Golddeckung die Kaufkraft seiner Währung selbst in Kriegszeiten beständig zu erhalten vermag, so werden auch die Nordamerikaner, die zur Zeit mit wachsendem Eifer versuchen, vom deutschen Beispiel der Wirtschaftsführung zu lernen, vielleicht eines Tages einsehen, daß ihr Glaube an die wirtschaftliche Zauberkraft des Goldes zu den überholten Irrtümern einer versinkenden Zeit gehört.

England offenbart seine schändlichen Kampfmethoden

Existenz eines Fesselungsbefehls zugegeben — OKW. kündigt neue Enthüllungen an

× **Berlin.** Die britische Regierung hat am 10. Oktober zum Fall der Gefangenenfesselung eine amtliche Erklärung herausgegeben, die folgende englische Darstellung der Vorgänge enthält:

„Beim Angriff auf Dieppe wurde ohne Befugnis ein Befehl des Inhalts herausgegeben, daß die Hände von Gefangenen, wo immer dies möglich ist, gebunden werden sollen, damit sie ihre Papiere nicht vernichten können. Auf die Beschwerde der deutschen Regierung hin gab das Kriegsministerium sofort, bevor noch irgendwie Zeit zum Nachforschen gewesen wäre, eine Erklärung heraus, wonach eine solche Anordnung, wenn sie herausgegeben sein sollte, zurückgenommen werden würde, weil die Regierung der Ansicht war, daß man aus einer solchen Anordnung herauslesen könnte, daß ohne Rücksicht auf die vorliegenden Umstände die Hände von Kriegsgefangenen gebunden werden sollten. Nach erfolgter Untersuchung wurde kein Beleg dafür gefunden, daß irgendeinem der Gefangenen, die von Dieppe zurückgebracht wurden, die Hände gebunden waren. Jedoch kam die Existenz der betreffenden Anordnung ans Tageslicht, und sie wurde zurückgenommen. Der Angriff auf Sercq wurde von einem Trupp von zehn Offizieren und Mannschaften ausgeführt. Sieben Mann des Trupps nahmen fünf Deutsche gefangen. Die Hände der Deutschen wurden gebunden, damit die Männer, die die Gefangennahme durchführten, sie durch Unterhaken der Arme abführen konnten. Keine schriftliche Anordnung oder sonstige Anweisung wurde herausgegeben. Die Gefangenen mußten nämlich auf dem Wege zu den Booten an von den Deutschen besetzten Kasernen vorbeigeführt werden, und Vorsichtsmaßnahmen waren daher erforderlich. Trotz der Vorsichtsmaßnahmen brachen vier der deutschen Kriegsgefangenen unter lautem Rufen aus und mußten erschossen werden, um zu verhüten, daß sie Lärm schlugen."

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro hierzu erfährt, wird das Oberkommando der Wehrmacht in Kürze eine umfassende Gesamtdarstellung zur Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch Engländer veröffentlichen. Unbeschadet dieser bevorstehenden dokumentarischen Veröffentlichung des Oberkommandos der Wehrmacht wird zu der obigen amtlichen Erklärung der britischen Regierung folgendes festgestellt: Die britische Regierung gibt mit der obigen Erklärung erstmals zu, daß tatsächlich ein britischer militärischer Befehl zur Fesselung von deutschen Gefangenen genau in der Form bestand, wie er seinerzeit vom OKW. wiedergegeben wurde. Die britische Feststellung, es sei nach erfolgter Untersuchung kein Beleg dafür gefunden worden, daß irgendeinem der Gefangenen, die von Dieppe zurückgebracht wurden, die Hände gebunden waren, ist ohne Belang, weil Derartiges niemals von deutscher Seite behauptet worden ist. Tatsächlich sind, aber, wie vom OKW. am 7. Oktober mit genauen Einzelheiten bekanntgegeben wurde, eine ganze Anzahl von deutschen Soldaten, die vorübergehend in englische Hände gefallen, während der Zeit ihrer Gefangenschaft gefesselt worden. Hierüber liegen die gerichtsprotokollarischen Aussagen der betreffenden deutschen Soldaten vor. Darüber hinaus liegen photographische Aufnahmen über einen bei Dieppe in englische Gefangenschaft geratenen Arbeitssoldaten der OT. vor, der im gefesselten Zustand den Tod gefunden hat. Abgesehen von diesen unwiderlegbaren Beweisstücken wird das englische Kriegsministerium auch wohl kaum glaubhaft machen wollen, daß ein von ihm als existierend zugegebener Befehl einer militärischen Kommandostelle tatsächlich von den untergeordneten Offizieren und Soldaten nicht ausgeführt worden wäre.

Zum Angriff auf Sercq gibt die britische amtliche Erklärung ebenfalls zu, daß die dort gefangengenommenen fünf deutschen Soldaten gefesselt wurden. Zu der britischen Bemerkung, vier deutsche Gefangene seien ausgebrochen und hätten erschossen werden müssen, um zu verhüten, daß sie Lärm geschlagen hätten, wird von deutscher Seite festgestellt: Die gefangengenommenen deutschen Soldaten waren im Augenblick ihrer Gefangennahme zum Teil barfuß oder in Strümpfen und nur mit einem Hemd bekleidet. Es ist geradezu lächerlich, wenn die Engländer erklären, sie hätten sie beim Ausbruchsversuch erschießen müssen, damit sie keinen Lärm schlugen. Der Vorgang des Erschießens hat zweifellos einen größeren Lärm verursacht. Die Engländer irren jedoch, wenn sie behaupten, sie hätten von fünf deutschen Soldaten vier erschossen. Tatsächlich haben sie nur zwei erschossen. Ein Soldat, der verwundet wurde, und ein weiterer sind ihnen entkommen. Diese beiden Soldaten sind nun durch einen glücklichen Umstand die einzigen überlebenden Augenzeugen dieses barbarischen, englischen Verhaltens gegen wehrlose Kriegsgefangene. Ihre Aussagen sind gerichtsprotokollarisch festgelegt worden.

•

Die Eingeständnisse der englischen Regierung werden noch bestätigt durch eine in der amerikanischen Zeitschrift „Liberty" vom 19. September enthaltene Schilderung des britischen Ueberfalles auf die Lofoten. In dem Bericht, der von einem englischen Augenzeugen gegeben wird, wird ausführlich die Gefangennahme des verwundeten deutschen Kommandanten sowie einiger deutscher Offiziere und Soldaten geschildert. Ueber die Gefangennahme des verwundeten Kommandanten heißt es wörtlich: „Er wurde sicher gebunden, geknebelt und mit allen seinen Papieren weggeschleppt. Danach wird nun vollends klar, daß das OKW. einem britischen System auf die Spur gekommen ist, das sich in der gemeinsten Weise gegen die Ehre des deutschen Soldaten richtet. Damit wird die Notwendigkeit schärfster deut-

SLUB
Wir führen Wissen.